

## Merz trotz Protesten: CDU hält an umstrittener Migrationspolitik fest!

Friedrich Merz verteidigt die CDU-Migrationspolitik trotz Kritik und sinkender Umfragewerte vor der Bundestagswahl am 23. Februar.

**Berlin, Deutschland** - Friedrich Merz, der Kanzlerkandidat der CDU, zeigt sich trotz sinkender Umfragewerte und wachsender Kritik resolut in seiner Haltung zur Asyl- und Migrationspolitik der Union. In einer aktuellen Forsa-Umfrage hat die Union zwei Prozentpunkte verloren und fällt von 30 auf 28 Prozent. Merz betont, dass die CDU sich nicht von Protesten abbringen lasse und weiterhin um jede Stimme kämpfen werde. Gleichzeitig schließt er eine Kooperation mit der AfD nach der Bundestagswahl am 23. Februar kategorisch aus. Merz stellt klar, dass die CDU nicht mit einer Partei zusammenarbeiten wolle, die aus der NATO, dem Euro und der EU austreten möchte, und hält es für unwahrscheinlich, dass die Union erneut AfD-Unterstützung in Kauf nehmen wird. **Merkur berichtet** von diesen klaren Positionen.

In der vergangenen Woche kam es im Bundestag zu Tumulten während einer Debatte über einen Entschließungsantrag der Union zur Asylpolitik. Der Antrag, der mit Stimmen der CDU, CSU, FDP und AfD verabschiedet wurde, erfährt starke Empörung. Die Zustimmung der AfD wird als historischer Tabubruch bezeichnet. Merz hatte sich im Vorfeld nicht mit der AfD abgesprochen, nahm deren Unterstützung jedoch in Kauf. Der sozialdemokratische Kanzler Olaf Scholz warf Merz vor, seine Prinzipien zu brechen und eine Zusammenarbeit mit der AfD einzugehen, während Robert Habeck von den Grünen ihn für

seinen Schritt kritisierte. Diese Zustimmung schlägt Wellen, die sowohl in der Union als auch bei der AfD für unterschiedliche Reaktionen sorgen. **Aargauer Zeitung berichtet** über die kontroversen Debatten und deren Folgen.

## **Strengere Asylpolitik gefordert**

Merz fordert eine strengere Asylpolitik, die unter anderem die Abweisung von Schutzsuchenden aus sicheren Herkunftsländern an den Grenzen vorsieht. Er argumentiert, dass eine Mehrheit der Deutschen eine solche Politik befürworte. Zudem plant er, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Familiennachzugsmöglichkeiten für Personen ohne dauerhaftes Aufenthaltsrecht einschränken soll. Nach der Abstimmung über den Antrag herrschte bei der AfD Jubel, während die Stimmung bei der Union eher verhalten blieb, da viele den Preis, den sie für diese Unterstützung gezahlt haben, erkennen.

Diese politischen Entwicklungen finden vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bundestagswahl statt, die am 23. Februar ansteht. Die Unsicherheit über die Bildung einer stabilen Regierung in der Folge wirft Fragen auf. Spekulationen über mögliche Koalitionen nach der Wahl nehmen zu, wobei Berichten zufolge Merz ernsthafte Überlegungen anstellt, eine Kooperation mit der SPD oder den Grünen einzugehen.

## **Ein Gespenst in der Demokratie**

Ein weiterer wichtiger Aspekt der aktuellen politischen Debatten sind die möglichen illegitimen Einflussnahmen auf die Wahlen in Deutschland, insbesondere durch autokratische Staaten, die versuchen, das Wahlverhalten zu beeinflussen. Es wird von verschiedenen Seiten auf die Gefahren hingewiesen, die dadurch für die Legitimität der Wahlen und das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Prozesse entstehen. Um diesem Risiko zu begegnen, hat das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) bereits Schutzmaßnahmen verstärkt. Weitere Informationen sind auf der Website des BMI und in dem

Informationsblatt „Zusammen gegen Manipulation“ verfügbar, um die Bürger über mögliche Einflüsse aufzuklären. **BAMF informiert** über diese Themen im Kontext der bevorstehenden Wahlen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Wahlen
<b>Ort</b>	Berlin, Deutschland
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.merkur.de">www.merkur.de</a></li><li>• <a href="http://www.aargauerzeitung.ch">www.aargauerzeitung.ch</a></li><li>• <a href="http://www.bamf.de">www.bamf.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**